



Presseschau vom 08.02.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: "Maßnahmen repressiver Natur": Innenministerium soll Forscher für politische Ziele eingespannt haben

Im März 2020 legte das Innenministerium unter Horst Seehofer ein Strategiepapier für den Umgang mit der Corona-Pandemie vor. Laut Informationen der Welt am Sonntag hatte das Ministerium auf die darin involvierten Wissenschaftler eingewirkt, ein Modell zu erarbeiten, auf dessen Basis Maßnahmen "repressiver Natur" geplant werden könnten. Die Zeitung beruft sich auf einen internen Schriftverkehr. ...

<https://kurz.rt.com/2f3e>

Wladislaw Sankin: "Lakaien", "Puppe", "Prostituierter": Nawalny verbale Attacken vor Gericht schockieren viele Russen

Im Prozess wegen Verleumdung eines Kriegsveteranen hat Alexei Nawalny die Klägerseite massiv angegriffen. Im Gerichtssaal teilte er verbal gegen Zeugen, Journalisten und Vertreter der Justiz aus. Verwandten des Veteranen hat Nawalny Mordabsichten unterstellt. ...

<https://kurz.rt.com/2f37>

Leo Ensel: "Zwei-Prozent-Ziel erreichen, nukleare Teilhabe bekräftigen!": FAZ? – TAZ!

Jens Stoltenberg kann aufatmen: Was Donald Trump knallhart befahl und Joe Biden keinesfalls rückgängig machen will, das fordert nach der Heinrich-Böll-Stiftung nun auch das Blatt für das links-alternative Klientel. Bislang noch hinter Gastkommentaren verschämt

versteckt. ...

<https://kurz.rt.com/2f1x>

de.rt.com: **Mediziner entwickelt eigenen Corona-Impfstoff – Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft**

Ein 74-jähriger Mediziner hat einen eigenen Impfstoff gegen das Coronavirus entwickelt, der nach eigenen Angaben eine 90-prozentige Wirksamkeit aufweist. Nachdem er das Paul-Ehrlich-Institut darüber informierte, ermittelt nun die Staatsanwaltschaft gegen ihn – wegen fehlender Genehmigungen. ...

<https://kurz.rt.com/2f3x>

abends/nachts:

de.rt.com: **Chamenei: Iran kehrt erst nach Aufhebung von US-Sanktionen zu seinen Atomdeal-Verpflichtungen zurück**

Iran werde dann zu seinen Verpflichtungen aus dem Atomdeal zurückkehren, wenn die USA ihre Sanktionen gegen das Land vollständig aufheben, sagte Irans Oberster Führer Ali Chamenei. Kurz darauf erklärte US-Präsident Biden jedoch, Teheran müsse zuerst die Urananreicherung einstellen, bevor die USA Sanktionen aufheben.

Der Oberste Führer Irans Ali Chamenei erklärte am Sonntag in einer im Fernsehen übertragenen Ansprache vor Luftwaffenkommandeuren zum 42. Jahrestag der Islamischen Revolution, Iran sei bereit, die Bedingungen des Atomabkommens von 2015 wieder vollständig aufzunehmen, sofern auch die USA alle Sanktionen gegen Teheran vollständig aufheben.

"Wenn sie wollen, dass Iran zu seinen Verpflichtungen zurückkehrt, müssen die USA ihre Sanktionen vollständig aufheben, und nicht nur in Worten oder auf dem Papier."

Nachdem die iranische Regierung überprüft habe, ob alle Sanktionen ordnungsgemäß aufgehoben worden seien, würde Iran zur vollständigen Einhaltung des Atomdeals zurückkehren, sagte Chamenei. Diese Haltung sei die "definitive Politik" Teherans, betonte der Ajatollah.

Die Regierung werde "nicht davon abweichen". Iran habe "das Recht, Bedingungen für die Fortführung" des Abkommens zu stellen, da die Islamische Republik all ihre Verpflichtungen im Rahmen des Atomabkommens erfüllt habe: "Iran ist all seinen Verpflichtungen aus dem Abkommen nachgekommen, nicht aber die Vereinigten Staaten und die drei europäischen Staaten."

Die USA stiegen 2018 unter der Regierung von Ex-Präsident Donald Trump einseitig aus dem Atomabkommen mit Iran aus und fuhren fortan eine Kampagne des maximalen Drucks gegen das Land. Trumps Nachfolger Joe Biden hat sich mehrfach zu einer Rückkehr bereit erklärt, sofern Iran sich wieder "strikt" an die Auflagen hält.

Der geistige Führer Irans hob außerdem die "Fehleinschätzung der USA im Umgang mit Iran" hervor und sagte, die US-Amerikaner verschätzten sich in Bezug auf ihre Iran-Politik immer wieder. So sei Trump mit seiner Kampagne des maximalen Drucks gegen Iran gescheitert. Zum Abgang der vorherigen US-Regierung sagte Chamenei, die jüngsten Ereignisse in den USA seien ein "Fiasko" gewesen. Der Abgang Trumps sei nicht nur der Abgang eines "ungeeigneten" Präsidenten gewesen, sondern auch der Niedergang der Macht und der sozialen Ordnung in den USA: "Der Niedergang der USA von innen und der Beginn einer Post-US-Ära sind die Worte von US-Experten, nicht unsere", fügte Chamenei hinzu.

Kurz nach Chameneis Einlassungen äußerte sich US-Präsident Joe Biden zur Frage nach einer Rückkehr der USA zu dem Atomabkommen. Danach gefragt, ob die USA die Sanktionen aufheben werden, um Iran wieder an den Verhandlungstisch zu bringen, antwortete Biden:

"Nein". Auf die Frage, ob diese Antwort bedeute, dass Iran zunächst die Urananreicherung beenden solle, nickte der US-Präsident bejahend.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/601fe33e48fbef36d043e865.jpg>

rusvesna.su: **Das Außenministerium reagierte auf Borrells Aussagen zu Russland**

Die kritischen Aussagen des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell zu Russland bei seiner Ankunft in Brüssel stünden im Widerspruch zu seinen Reden in Moskau, teilte das russische Außenministerium mit.

Auf die Bitte von Journalisten, eine Meinung zu diesem Thema zu äußern, erklärte das Außenministerium: „Wir waren überrascht, Borrells Einschätzungen zu den Ergebnissen des Besuchs zu lesen. Sie stehen in starkem Kontrast zu seinen Aussagen auf der Pressekonferenz in Moskau.“

„Die russische Seite hat die Ergebnisse der Verhandlungen auf einer Pressekonferenz in seiner Gegenwart kommentiert, und er hatte jede Gelegenheit, sofort seine eigene Einschätzung abzugeben, was er auch tat“, hieß es vom russischen Außenministerium, mit der Ergänzung, dass „niemand ihn zeitlich oder im Format einschränkte“.

„Vielleicht wurde dem Leiter der Eurodiplomatie bei seiner Ankunft in Brüssel erklärt, wie es notwendig ist, Akzente zu setzen, aber dies bestätigt nur, wie und von wem die EU-Politik tatsächlich gestaltet wird“, schloss das Außenministerium.

Der Chef der Europäischen Diplomatie der EU, Josep Borrell, erklärte in seinem Blog nach seinem Besuch in Moskau am 4. und 6. Februar, dass Russland sich zunehmend von der Europäischen Union entferne. Laut Borrell sei es Russland, das sich allmählich von Europa entfernt und „demokratische Werte als existenzielle Bedrohung wahrnimmt“.

Zuvor in Moskau sagte Borrell, dass es Bereiche gibt, in denen die Russische Föderation und die EU zusammenarbeiten könnten und sollten, da in diesem Fall gute Ergebnisse erzielt würden, und Brüssel befürworte laut ihm den Dialog mit Moskau trotz der Schwierigkeiten in den Beziehungen .

Borrells Besuch in Moskau fand vom 4. bis 6. Februar statt. Während seines Aufenthalts in der russischen Hauptstadt traf Borrell mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow sowie Vertretern russischer öffentlicher Organisationen zusammen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/1_mid_rossii.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 7. Februar 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **Begrenzte Wirkung gegen einheimische Corona-Variante: Südafrika pausiert Anwendung von AstraZeneca**

Mit Blick auf neueste Studienergebnisse legt Südafrika die Einführung des COVID-19-Impfstoffs von AstraZeneca vorübergehend auf Eis. Laut Erhebungen soll das Vakzin deutlich weniger Schutz gegen die in Südafrika entdeckte neue Coronavirus-Variante bieten.

Die vorläufigen Daten von Studien der Universitäten Oxford und Witwatersrand, die der Zeitung Financial Times vorlagen, sollen zeigen, dass das Vakzin bei der Variante B.1.351 wohl weiterhin wirksam gegen schwere Verläufe ist, leichte Erkrankungen aber weniger gut verhindert. Allerdings ist die Aussagekraft der Daten dem Bericht zufolge begrenzt, da der Großteil der 2.000 Probanden in der Studie jung und gesund war.

Bei einer Online-Presskonferenz am Sonntag sagte der südafrikanische Gesundheitsminister Zweli Mkhize:

"Der Impfstoff von AstraZeneca schien gegen den ursprünglichen Virusstamm wirksam zu sein, aber nicht gegen die [südafrikanische B.1.351-] Variante."

Der britisch-schwedische Pharmariese räumte die enttäuschenden Studienergebnisse ein, sagte aber relativierend, es sei noch zu früh, um daraus endgültige Schlüsse zu ziehen. Ein Sprecher von AstraZeneca räumte gegenüber der Financial Times zwar ein, die Studie hätte die Wirkung des Impfstoffes gegen schwere Krankheitsverläufe nicht hinreichend präzise ermitteln können, da die Probanden überwiegend junge, gesunde Erwachsene gewesen wären. Dennoch argumentierte er zugunsten des Präparats:

"Wir glauben, dass unser Impfstoff vor einer schweren Erkrankung schützen kann, da die Aktivität neutralisierender Antikörper genauso funktioniert wie bei anderen COVID-19-Vakzinen, die gegen schwerere Erkrankungen funktionieren – besonders wenn der Abstand zwischen den beiden Dosen auf acht bis zwölf Wochen optimiert ist."

Sarah Gilbert, die an der Universität Oxford maßgeblich an der Entwicklung des Impfstoffs beteiligt war, sagte im BBC-Interview zu den vorläufigen Ergebnissen, es sei denkbar, dass

sich die Zahl der Neuinfektionen langfristig nicht so massiv reduzieren werde wie erhofft. Dennoch werde man aber mittels des AstraZeneca-Vakzins Todesfälle vermeiden und den Druck auf Krankenhäuser erheblich verringern können.

Zudem würden AstraZeneca und die Uni Oxford bereits daran arbeiten, ihren Impfstoff den neu kursierenden Virus-Varianten weiter anzupassen. Für die in Großbritannien entdeckte Variante B.1.1.7 hatten die Hersteller zuletzt vielversprechende Daten veröffentlicht: Das Vakzin soll auch gegen diese Variante eine gute Schutzwirkung bieten.

Die in Südafrika aufgetauchte Variante B.1.351, die mittlerweile auch in vielen anderen Ländern entdeckt wurde, hatte sich auch in den Tests anderer Impfstoff-Hersteller als resistenter erwiesen. Mögliche Anpassungsversuche für die verschiedenen Vakzine an diese auch unter dem Namen 501Y.V2 bekannte Variante laufen bei mehreren Unternehmen bereits auf Hochtouren.

Südafrika hat mit knapp 1,5 Millionen bestätigten COVID-19-Fällen mehr Erkrankungen als jedes andere Land auf dem afrikanischen Kontinent, wie auch die Statistiken der Johns-Hopkins-Universität zeigen. Mehr als 46.000 Südafrikaner sind inzwischen im Zusammenhang mit COVID-19 verstorben. Um die Ausbreitung der Infektion einzudämmen, hat Afrikas zweitstärkste Wirtschaftsmacht strenge landesweite Beschränkungen verhängt, die auch verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaft haben.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/6020d3bfb480cc0cee7dc6f3.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung für den Zeitraum vom 7. Februar 3:00 Uhr bis 8. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: Mörser 82mm – einmal (20 Mörsergeschosse); Antipanzergrenatwerfer – einmal (2 Granaten); automatische Granatwerfer – einmal (10 Granaten); Schusswaffen – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften: **Luganskoje, Losowoje.**

Um 17:40 Uhr wurde eine Detonation im Gebiet von Marjinka registriert.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 32.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 5 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

deu.belta.by: **Lukaschenko berät über letzte Vorbereitungen zur Allbelarussischen Volksversammlung**

Im Vorfeld der 6. Allbelarussischen Volksversammlung berät der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko über die letzten Vorbereitungen zum nationalen Forum.

„Obwohl es noch viel Arbeit zu tun gibt. Und diese Arbeit wird nicht nur Auftritte, Schlussfolgerungen und Resolutionen der Allbelarussischen Volksversammlung, sondern auch die Materialien des Berichts des Präsidenten und seine Auftritte in dieser Versammlung umfassen“, sagte Alexander Lukaschenko.

Der Präsident erinnerte an soziologische Forschungen, die in den letzten Monaten in Belarus in zwei Etappen durchgeführt wurden. Etwa 10 Tausend Menschen nahmen an der Umfrage teil. „Es ist eine tiefgreifende Studie über die Stimmungen in unserer Gesellschaft. Es ist 10-mal mehr als die Zahl der Menschen, die normalerweise von Soziologen in Bezug auf einige Fragen befragt wird“, bemerkte der Staatsoberhaupt.

„Die erste Etappe betraf rein städtische Bevölkerung. Es wurden mittlere Unternehmen (nach ihren Stimmungen) untersucht. Das heißt, nicht die Regierungstreuesten, aber auch nicht die Oppositionellsten - wir haben die Mitte genommen. Die zweite Etappe fand in der letzten Woche statt, nachdem ich die Leute gebeten hatte, ihre Fragen zu beantworten. Und so haben wir die gesamte Bevölkerung untersucht, angefangen von den Dörfern und Städten bis hin zur Stadt Minsk“, erzählte der Präsident.

Laut Alexander Lukaschenko werden die Ergebnisse derzeit zusammengefasst. „Das war für mich besonders wichtig. Denn es ist sehr schwierig, in der Allbelarussischen Volksversammlung zu sprechen, etwas zu planen, ohne tiefe Stimmungen in der Gesellschaft zu kennen. Deshalb wurde eine Studie durchgeführt, um die Stimmung unseres Volkes zu verstehen“, bemerkte der Präsident.

Der Staatsschef ist überzeugt, dass die Forschung am objektivsten ist. Ausländische soziologische Dienste waren an der Umfrage beteiligt. „Sie werden zunächst einmal die Ergebnisse zusammenfassen. Und unsere öffentliche und private soziologischen Organisationen arbeiteten daran auch“, sagte der Präsident.

Das Staatsoberhaupt bedankte sich bei den Menschen, die als Befragte an den Umfragen teilgenommen hatten und erinnerte daran, dass die Untersuchung unter der Bedingung der völligen Anonymität durchgeführt wurde. „Ich bin den Menschen sehr dankbar, dass sie sich an dieser Studie beteiligt haben. Es wird sehr wichtig für die Entwicklung der zukünftigen Programme und die zukünftige Bewegung unseres Landes in diese oder jene Richtung sein“, sagte der belarussische Staatsoberhaupt.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1612772011_55679_big.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 8. Februar um 9:00 Uhr 2742 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 2274 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 237 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 7. Februar wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, weil das Laboratorium gewartet und desinfiziert wurde.
Am 8. Februar um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 21.706 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.
8602 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 11.245 als gesund entlassen, es gibt 1859 Todesfälle.
In den letzten 24 Stunden wurden 30 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 24 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 14 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1307 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 582 mit Sauerstoffunterstützung (+5 in den letzten 24 Stunden).

ukrinform.de: **Borrell: Mein Besuch hat gezeigt, dass Russland zum konstruktiveren Dialog mit EU nicht bereit ist**

Nach seinem Besuch in Russland erklärte der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Moskau sei nicht bereit zu einem Dialog.

Das schrieb Borrell auf Twitter, berichtet Ukrinform.

„Mein Besuch in Moskau hat gezeigt, dass Russland die Gelegenheit für einen konstruktiveren Dialog mit der EU nicht nutzen will. Das ist traurig und wir müssen Schlussfolgerungen ziehen“, sagte der EU-Diplomat.

Borrell fügte hinzu, dass das Treffen mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow und die Botschaften der russischen Behörden während des Besuchs bestätigt haben, dass sich Europa und Russland in unterschiedliche Richtungen bewegen.

In einem Blogbeitrag auf der Website des Europäischen Auswärtigen Dienstes schrieb der EU-Außenbeauftragte: „Manchmal erreichte die Diskussion mit meinem russischen Amtskollegen ein hohes Maß an Spannung, da ich zur sofortigen und bedingungslosen Freilassung von Herrn Nawalny und zur vollständigen und unvoreingenommenen Untersuchung seines Mordversuchs aufforderte“.

Borrell besuchte Russland auf Lawrows Einladung, um aktuelle Fragen in den Beziehungen zwischen Russland und der EU zu erörtern, einschließlich der Vergiftung und Verhaftung des Oppositionspolitikers Alexei Nawalny und der Unterdrückung von Demonstrationen bei seiner Unterstützung.



https://static.ukrinform.com/photos/2020_05/thumb_files/630_360_1590753033-840.jpg

Dan-news.info: Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zur Erklärung Kulebas über den Verlauf des Verhandlungsprozesses

Die ukrainische Regierung demonstriert ein alle Erwartungen übertreffendes Niveau an Aufmerksamkeit gegenüber dem Forum „Russischer Donbass“: Seit es stattfand, ist mehr als eine Woche vergangen, aber die Bewohner der hohen Kiewer Regierungsbüros erörtern es nach wie vor aktiv und kommentieren es. Uns schmeichelt ein solches Interesse am Geschehen im Donbass natürlich. Schade ist nur, dass dieses Interesse der Vertreter der ukrainischen Politik im Grunde nichts anderes ist als ein weiterer Anlass, im Medienraum eingelernte Thesen zu verbreiten, die mit der Wirklichkeit nichts gemein haben. Mehr noch, die Heuchelei der ukrainischen Regierung erschüttert: Die Doktrin „Russischer Donbass“, die im Grunde eine wissenschaftliche Arbeit und ein Ausdruck der Einstellungen in der Gesellschaft ist, scheint sie zu besorgt zu machen und zu beunruhigen. Und offiziell in Kiew erarbeitete Gesetzentwürfe über eine Übergangsjustiz und Internierung, die nicht nur den Minsker Vereinbarungen widersprechen, sondern auch die Rechte und Freiheiten der Einwohner des Donbass einschränken, beunruhigen die Führung der Ukraine überhaupt nicht. Dabei ist bemerkenswert, dass Vertreter der Ukraine, insbesondere der Außenminister dieses Staates, sich so oft und durchgängig angelehnt an methodische Handbücher äußern, dass sie manchmal versehentlich die darin beschriebenen Methoden und Taktiken der Provokation offenlegen. Herr Kuleba behauptet, dass die Republiken angeblich „die Friedensverhandlungen untergraben, aber gleichzeitig den Narrativ verbreiten, dass die Ukraine ‚Minsk‘ und die ‚Normandie‘ tötet“. Aber tatsächlich ist alles genau umgekehrt: sowohl das Minsker als auch das Normandie-Format untergräbt Kiew mit den verschiedensten Mitteln. Die ukrainischen Persönlichkeiten rufen regelmäßig dazu auf, die Minsker Vereinbarungen umzuschreiben, neue Beteiligte in das „Normandie-Quartett“ hinzuzufügen, sie ignorieren offen die zweite Konfliktseite – den Donbass – und erklären, dass es unmöglich sei, mit uns einen Dialog zu führen. Und bei all diesen klaren Versuchen, die friedliche Regelung zu untergraben, werden entweder die Republiken oder die Russische Föderation beschuldigt, wobei einige an den diplomatischen Verhandlungen beteiligten Personen absolut keine Ausdrücke scheuen.

Und ganz surrealistisch klingen Erklärungen, dass die Ukraine angeblich alle Aufträge im Ergebnis des Gipfels des „Normandie-Quartetts“ 2019 erfüllt habe. Die Vorsitzende der OSZE Ann Linde, auf die sich Herr Kuleba bei dieser Behauptung bezieht, hat während ihres Besuchs im Donbass besondere Aufmerksamkeit darauf gerichtet, dass das Regime der Feuereinstellung nicht eingehalten wird – wir erinnern daran, dass die Maßnahmen zur Verstärkung dieses Regimes von der Ukraine bereits im September des letzten Jahres zum

Scheitern gebracht wurden und ein neues Verhandlungspakete zu vereinbaren, wozu wir immer wieder aufrufen, verweigern die ukrainischen Verhandlungsteilnehmer hartnäckig. Selbst mit diesem Auftrag des Normandie-Formats kommt man in Kiew nicht klar, von anderen Blöcken des Abschlusskommuniqués der Staatsoberhäupter der Länder des „Normandie-Quartetts“, einschließlich der Vereinbarung alle juristischen Aspekte der politischen Regelung entsprechend dem Maßnahmekomplex muss gar nicht erst gesprochen werden.

Unter solchen Umständen kann man alle folgenden Passagen von Herrn Kuleba mit Beschuldigungen an die Russische Föderation bezüglich der Blockade des Verhandlungsprozesses nicht ernst nehmen. Erstens, weil der ukrainische Regierung seit langem erklärt werden müsste, dass Russland keine Seite, sondern ein Vermittler bei den Verhandlungen ist, deswegen ist es der Gipfel der Sinnlosigkeit und der Absurdität, sie einer angeblichen Nichtumsetzung irgendwelcher Verpflichtungen, die dieser Staat nicht hat, zu beschuldigen. Zweitens, weil mit jeder so durch die Schuld Kiews zum Scheitern gebrachten Sitzung der der Kontaktgruppe allen, die sich für den Verlauf des Minsker Prozesses interessieren, klarer wird, dass die Spiele und Provokationen, von denen Kuleba spricht, eine sehr genaue Beschreibung des Herangehens der Ukraine an die friedliche Regelung sind. In diesem Sinne sind solche Eröffnungen der ukrainischen Führungskräfte in den Medien nicht als „große Enthüllungen“, sondern als Illustration zum dem Sprichwort „Getroffene Hunde bellen“ zu sehen.

de.rt.com: **Keine Gnade für pandemiegeschädigte Staaten: EZB-Chefin gegen Erlassen von Corona-Schulden**

Die Schulden der EU-Mitgliedstaaten sind in der Corona-Krise deutlich gestiegen. Während der Lockdowns mussten die Volkswirtschaften mit Hilfe von Krediten über Wasser gehalten werden. Die Europäische Zentralbank lehnt einen Schuldenerlass jedoch ab.

Die Chefin der Europäischen Zentralbank (EZB) Christine Lagarde hat Forderungen zurückgewiesen, den Mitgliedern der Eurozone Schulden zu erlassen, die sie zur Aufrechterhaltung ihrer Volkswirtschaften während der COVID-19-Lockdowns gemacht haben. In einem Interview mit der französischen Wochenzeitung Le Journal du Dimanche sagte die EZB-Chefin:

"Diese Schulden zu streichen ist undenkbar. Es wäre ein Verstoß gegen den Europäischen Vertrag, der die monetäre Finanzierung von Staaten strikt verbietet."

Die Erklärung erfolgte kurz nachdem ein Pool von mehr als 100 Ökonomen die Regulierungsbehörde dazu aufgerufen hat, die wirtschaftliche Erholung der Länder der Eurozone durch einen Schuldenerlass weiter anzukurbeln. In einem Brief, der von mehreren Medien veröffentlicht wurde, schrieben die Experten:

"Mit anderen Worten, wir schulden uns selbst 25 Prozent unserer Schulden, und wenn wir diesen Betrag zurückzahlen wollen, müssen wir ihn anderswo finden. Entweder müssen wir neue Kredite aufnehmen, um die Schulden zu verlängern, anstatt Kredite für Investitionen aufzunehmen, Steuererhöhungen einführen oder Ausgabenkürzungen durchführen."

Den Ökonomen zufolge wird ein Viertel der öffentlichen Schulden der Nationen, die sich Berichten zufolge auf 2,5 Billionen Euro belaufen, mittlerweile von der Regulierungsbehörde gehalten. Die Analysten schlagen stattdessen vor, dass die EZB den Ländern Schulden erlässt, falls sie sich im Gegenzug verpflichten, einen entsprechenden Betrag für eine umweltfreundlichere Gestaltung ihrer Wirtschaft und für soziale Projekte auszugeben.

Lagarde, die zuvor den Internationalen Währungsfonds leitete, vertritt ebenfalls die Meinung, dass "alle Länder der Eurozone mit hohen Schulden aus dieser Krise hervorgehen werden."

Allerdings versicherte sie, dass die Schuldner in der Lage sein werden, diese zurückzuzahlen. Bislang hat die EZB beispiellose Unterstützungsmaßnahmen ergriffen, um die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie innerhalb der Eurozone abzumildern. Die

Regulierungsbehörde genehmigte ein massives Anleihekaufprogramm, das sich auf insgesamt 1,85 Billionen Euro beläuft.

Die EZB-Chefin erwartet, dass 2021 zu einem "Jahr der Erholung" wird, räumte aber ein, dass die Wirtschaft der Eurozone nicht vor Mitte 2022 zu einem vorpandemischen Niveau zurückkehren wird.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/6020fc4b48fbef36d043e8c4.JPG>

Dan-news.info: Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zur Erklärung Resnikows über eine „Übergangsperiode“ für den Donbass

Die Aussagen des ukrainischen Ministers für „Reintegration“ Alexej Resnikow und die von ihm unternommenen Schritte verstärken bei uns die Gedanken, dass der Zweck der Tätigkeit seiner Behörde tatsächlich nicht eine Reintegration des Donbass ist, sondern eine noch stärkere Vertiefung der ohnehin riesigen Kluft zwischen den Republiken und der Ukraine. Erstens ist gerade das von Herrn Resnikow geleitete Ministerium verantwortlich für die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über eine sogenannte „Übergangsperiode“. Diese seltsame Idee geht in Minsk schon lange um und jedes mal haben wir den Vertretern Kiews klar und verständlich für jeden, der sich mit dem Maßnahmekomplex bekannt gemacht hat, erklärt: Diese Idee hat nichts mit diesem Dokument gemein und versetzt den Rechten der Einwohner des Donbass einen Schlag. In diesem Gesetzentwurf wird das Fundament der politischen Regelung vollständig ignoriert, nämlich der besondere Status für den Donbass und dessen dauerhafte Befestigung in der Verfassung. Es werden die Rechte der Einwohner des Donbass auf Bewegungsfreiheit beschränkt, es wird der Begriff der politischen Säuberung in Bezug auf die Einwohner der Republiken eingeführt sowie wesentliche Beschränkungen der bürgerlichen und politischen Rechte und so weiter. Ein weiteres Mal lenken wir die Aufmerksamkeit Kiews darauf: Wenn dieser Gesetzentwurf angenommen wird, so wird das den Ausstieg der Ukraine aus dem Minsker Prozess mit allen sich daraus ergebenden Folgen bedeuten.

Zweitens erschüttert uns die Reaktion von Herrn Resnikow bezüglich der Impfung von Einwohnern des Donbass als Schutz gegen die Coronavirusinfektion. Unter Bedingungen einer praktisch siebenjährigen humanitären Blockade von Seiten der Ukraine nehmen die Republiken die Bereitschaft Russlands, mit der Lieferung von Impfstoff und Medikamenten für die Behandlung und Prophylaxe der Coronavirusinfektion mit enormer Dankbarkeit auf. Aber statt eine solche humanitäre Unterstützung der Einwohner des Donbass von Seiten Russlands zu begrüßen und eigene Varianten der Hilfe vorzuschlagen, wirft die ukrainische Regierung mit ätzenden Kommentaren um sich, dass der von der Russischen Föderation gelieferte Impfstoff angeblich nicht zertifiziert und seine Nutzung lebensgefährlich sei. Dazu können wir folgendes sagen: In Kiew hält man es offenbar für eine Tradition, irgendwelche Erklärungen abzugeben, ohne sich vorher mit dem Thema bekannt gemacht zu

haben und ohne die Adäquatheit und Richtigkeit der verlautbarten Information überprüft zu haben. Im Zusammenhang damit empfehlen wir Herrn Resnikow, seine Kenntnisse in dieser Frage durch Lektüre entsprechender Literatur zum Thema zu erweitern. Aber da wir sein Misstrauen gegen alles Russische kennen, raten wir ihm in erster Linie die Schlussfolgerungen über die Sicherheit des Impfstoffes „Sputnik V“ in einer der bekanntesten, ältesten und anerkanntesten allgemeinen Zeitschriften zur Medizin in Europa „The Lancet“ zu lesen.

Außerdem möchten wir die Aufmerksamkeit von Herrn Resnikow darauf lenken, dass er neben seinem hohen Ministeramt auch stellvertretender Leiter der ukrainischen Delegation in Minsk ist. Deshalb wäre es für ihn, falls ihn die Zukunft des Volks des Donbass tatsächlich beschäftigt, weitaus nützlicher, sich auf die Aufhebung der Blockade der Friedensverhandlungen zu konzentrieren und nicht auf weitere unsinnige Erklärungen in den Massenmedien.

nachmittags:

snews.de: **Sponsert Deutschland „Regime Change“ in Belarus?**

Deutschlands Außenminister Heiko Maas hat auf einer Online-Konferenz seine Solidarität mit den Anti-Regierungsdemonstrationen in Belarus bekundet und der Opposition des Landes bis zu 21 Millionen Euro zugesagt.

Deutschland unterstütze die Zivilgesellschaft in Belarus und wolle Studierende und nichtstaatliche Medien in dem osteuropäischen Land mit bis zu 21 Millionen Euro fördern. Außerdem wolle Deutschland Flüchtlingen, die sich vom Staat in Belarus unterdrückt und verfolgt fühlen, Zuflucht gewähren. Dies sagte Außenminister Heiko Maas anlässlich der Online-Konferenz „Solidarity with Belarus“.

„Gewalt der Handlanger Lukaschenkos“

Wörtlich äußerte Maas:

„Sechs Monate sind seit den gefälschten Präsidentschaftswahlen in Belarus vergangen. Und seither sind wir Zeugen des politischen Aufbruchs der Menschen in Belarus geworden – ihres Aufbruchs.

Sie bleiben standhaft in ihrem friedlichen Streben nach Freiheit und Demokratie – trotz der Gewalt der Handlanger Lukaschenkos, trotz der bitteren Kälte während der Protestzüge, trotz des Risikos von Festnahmen.

Der Geist der Demokratie ist aus der Flasche – und zurückstecken kann man ihn nicht.

In den letzten Monaten sind in Belarus viele zu Heldinnen und Helden geworden: Künstler, medizinisches Personal, Studierende, alte Menschen – und die belarussischen Frauen. Und besonders Du, liebe Swetlana. Dein Mut hat so viele Menschen in Belarus und andernorts inspiriert.“

Mit „Swetlana“ meint der Außenminister Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja, die an der Video-Konferenz teilnahm.

Bis zu 21 Millionen Euro

Der Außenminister verkündete außerdem, dass Deutschland „mit bis zu 21 Millionen Euro einen Aktionsplan Zivilgesellschaft Belarus aufgesetzt“ habe.

„Wir werden Studierenden, die wegen ihrer Teilnahme an Demonstrationen aus ihren Schulen und Universitäten ausgeschlossen wurden, Stipendien anbieten. Wir werden unabhängige Medien unterstützen.“

Auch bot der Außenminister „verfolgten Belarussinnen und Belarussen Zuflucht in Deutschland“ an.

Merkel: „Die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen“

Ähnlich äußerte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel am Wochenende in ihrer wöchentlichen Videobotschaft. Die Kanzlerin forderte:

„Wir rufen die politische Führung in Minsk auf, die Repression unverzüglich zu beenden und die politischen Gefangenen freizulassen.“

Die Präsidentschaftswahlen im August in Belarus seien „weder frei noch fair noch transparent“ gewesen, so Merkel weiter. Die Kanzlerin versprach:

„Deutschland und die Europäische Union werden die Verantwortlichen für die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen in Belarus auch weiterhin zur Rechenschaft ziehen, wie wir es mit EU-Sanktionen schon getan haben.“

Bei der Präsidentenwahl war der Langzeitpräsident Lukaschenko nach amtlichen Angaben mit mehr als 80 Prozent der Stimmen für eine sechste Amtszeit gewählt worden. Die Opposition sprach von Wahlbetrug und erklärte ihre Kandidatin Swetlana Tichanowskaja zur Siegerin. Seitdem gibt es landesweit Proteste, die von den Ordnungskräften teilweise niedergeschlagen werden. Zehntausende Demonstranten kamen seit August in Polizeigewahrsam. Die Europäische Union hat in drei Etappen Sanktionen gegen insgesamt 88 Personen und sieben Organisationen in Belarus veranlasst, denen die EU Betrug bei der Präsidentenwahl am 9. August und Gewalt gegen Demonstranten vorwirft.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/08/828222_0:0:3074:1729_1440x0_80_0_0_7119f7492f3e8d097d2e9ff4d1e7ddf3.jpg

sputnik.by: **In Kiew findet eine Protestaktion gegen die Schließung von Fernsehkanälen statt**

In Kiew finden Proteste gegen die Schließung der Fernsehsender 112 Ukraine, NewsOne und ZIK statt, berichtet RBC Ukraine.

Die Kundgebung findet in der Nähe des Parkowy-Ausstellungszentrums statt, wo der Präsident des Landes und die Abgeordneten der Werchowna Rada ankommen sollen, um am internationalen Forum „Ukraine 30“ teilzunehmen.

Die Polizei hat den Verkehr in dem Gebiet, in dem die Kundgebung stattfindet, eingeschränkt. Die Situation wird als ruhig eingestuft.

Schließung von Fernsehkanälen in der Ukraine

Wir erinnern daran, dass der Präsident der Ukraine, Wladimir Selenskij, durch sein Dekret vom 9. Februar für fünf Jahre Sanktionen gegen die Fernsehsender „112 Ukraine“, NewsOne und ZIK verhängt hat. Sie gelten als oppositionell zur derzeitigen Regierung. Auf Twitter schrieb das Oberhaupt des ukrainischen Staates, dass die Sanktionen für ihn eine schwierige Entscheidung seien, aber diese Einschränkungen seien notwendig.

„Es darf keine vom Aggressorland finanzierte Propaganda geben, die die Ukraine auf dem Weg zur EU und zur euro-atlantischen Integration untergräbt“, schrieb Selenskij.

Auch der Abgeordnete der Werchowna Rada von der Fraktion „Oppositionsplattform - Für das Leben“, Taras Kosak, dem die oben genannten Fernsehkanäle gehören, wurde sanktioniert. ...

Position des russischen Außenministeriums

Das russische Außenministerium nannte die Sperrung von Kanälen „eine offensichtliche Tatsache eines Angriffs auf die Meinungsfreiheit“.

Wie die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, sagte, hielten die Kiewer Behörden „ihr Volk zum Narren, wie sie können“.

„Wir haben wiederholt über das inakzeptable Verhalten des offiziellen Kiew in Bezug auf russische Medien, Internetseiten, Drucksachen und sogar Kinderbücher gesprochen - sie sind unter dem Vorwand verboten, der imaginären Bedrohung und Propaganda Russlands entgegenzuwirken“, erinnerte sie.

Laut Sacharowa ist die repressive Maschine des Kiewer Regimes nun zu weit gegangen.



<https://cdn11.img.sputnik.by/images/07e4/0c/11/1046422222.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Die Vertretung der LVR im GZK hat Informationen erhalten, dass in **Solotoje-5 (Michajlowka)** die Fensterverglasung der Roman-Salkow-Mittelschule Nr. 5 in der Wojkow-Straße 3 beschädigt wurde.

Durch Feuer mit Schusswaffen in der Nacht auf den 8. Februar 2021 aus Richtung des von den BFU kontrollierten Solotoje-4 (Gehöft Wolnyj) wurde ein Fenster in der dritten Etage der Schule beschädigt.

Die Folgen der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung werden von der Vertretung der LVR im GZKK erfasst, über die Ergebnisse wird noch informiert werden.

snews.de: **Zunächst als Beobachter: USA planen Rückkehr in UN-Menschenrechtsrat**

Die USA werden in den UN-Menschenrechtsrat als Beobachter zurückkehren. Das kündigte ein US-Sprecher bei den Vereinten Nationen in Genf laut der Nachrichtenagentur Reuters am Montag an.

Die Vereinigten Staaten waren 2018 unter dem ehemaligen US-Staatschef Donald Trump aus dem Gremium ausgetreten. Die neue Administration des Präsidenten Joe Biden treibt nun die Rückkehr voran.

„Ich freue mich, Ihnen mitzuteilen, dass der Außenminister (Antony) Blinken an diesem Morgen ankündigen wird, dass die Vereinigten Staaten mit dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen als Beobachter wieder zusammenarbeiten werden“, zitiert die Agentur Mark Cassayre, Geschäftsträger der US-Mission bei den Vereinten Nationen in Genf.

Der „effektivste Weg“, den Rat zu „reformieren und zu verbessern“ sei es, mit ihm in einer „prinzipiellen Weise“ zusammenzuarbeiten.

Nach ihrem Austritt nahm die US-Delegation an den regelmäßigen Tagungen des Rates nicht mehr teil, nur an den Bewertungen der Menschenrechtsbilanzen aller UN-Mitgliedsstaaten. „Während wir uns der Nachteile des Rats bewusst sind, wissen wir, dass dieses Gremium das Potenzial hat, ein wichtiges Forum für jene zu sein, die mit Tyrannei und Ungerechtigkeit weltweit kämpfen.“

Die USA wollen an dem Gesprächstisch mit dabei sein und damit sicherstellen, dass der Rat seinem Potenzial gerecht werden könne, so der amerikanische Diplomat.

Trump hatte dem UN-Menschenrechtsrat 2018 den Rücken gekehrt. Er warf dem Gremium mit Sitz in Genf Parteilichkeit zugunsten Israels und mangelnde Reformfähigkeit vor.

Die Entscheidungen des Rats sind rechtlich nicht bindend, haben aber ein politisches Gewicht und können Untersuchungen von Menschenrechtsverletzungen autorisieren. Der

Menschenrechtsrat hat 47 Mitglieder, die von der UN-Generalversammlung gewählt werden.

Sie sind in Ländergruppen organisiert, damit in dem Gremium eine die Weltregionen vertretende Verteilung herrscht.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/08/830516_0:119:3068:1845_1440x0_80_0_0_d869c0f5a8dd8f4f9e74cf9d64db2254.jpg

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin legte am vierten Todestag des Kommandeurs des Bataillons „Somali“ des Helden der Republik Oberst Michail Tolstych (Codename „Giwi“) Blumen an seinem Grab am dem hauptstädtischen Friedhof „Donezkoje Morje“ nieder.

„Bereits seit vier Jahren ist Giwi, Michail Tolstych, nicht mehr bei uns. Er sagte gerne immer wieder: ‚Unsere Menschen sind echte Helden‘. Und er selbst war der erste unter ihnen – ein Volkskommandeur, der schon zu Lebzeiten wegen seiner Furchtlosigkeit, seiner militärischen Kühnheit und der trotz seines jungen Alters väterlichen Sorge um seine Kampfgenossen zu einer Legende wurde“, sagte Puschilin.

Er fügte hinzu, dass das Bataillon „Somali“ in den heißesten Punkten des Konflikts mit den ukrainischen bewaffneten Formationen kämpfte. „Auf dem Kampffeld kamen Michail Tolstych wenige gleich. Der Feind konnte ihn im offenen Kampf nicht besiegen, er schickte Mörser in das Hinterland und hat damit seine gesamte Feigheit und Gemeinheit gezeigt“, sagte Puschilin.

Um das Andenken des Helden der DVR zu ehren, kamen heute der Vorsitzende der Regierung Alexandr Anantschenko, Abgeordnete des Volkssowjets, die Eltern und andere Verwandte von Tolstych, Soldaten seines Bataillons. Die Mutter des Bataillonskommandeurs dankte seinen Kampfgenossen dafür, dass sie mit Ehre seinen Weg fortsetzen.

„Er war der beste und fürsorglichste Sohn. Er liebte den Donbass sehr. Mischa passte immer darauf auf, dass seine Leute alles Notwendige hatten. Für ihn war die Brigade seine zweite

Familie. Ich bin sehr dankbar, dass die Leute ihn nicht vergessen, seine Sache fortsetzen“, sagte Nina Tolstych.

Michail Tolstych wurde 1980 in Ilowajsk geboren. Er leistete die Wehrpflicht in den Streitkräften der Ukraine ab. In den Reihen der Milizen des Donbass war er seit dem Anfang des Konflikts. Seit Mai 2014 war er an den Kämpfen um Slawjansk beteiligt, dann um Ilowajsk, ab September um den Donezker Flughafen. Er ist Held der DVR, Kavalier von zwei Georgskreuzen, er wurde mit der Medaille „Für die Verteidigung von Slawjansk“ ausgezeichnet, war Oberst der Volksmiliz der Republik. Er starb infolge eines Terroraktes am 8. Februar 2017 im Gebäude des Stabs seiner Einheit in Makejewka.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2021/02/dan-news.info-2021-02-08_10-20-35_924562-givi-080221-3.jpg

snanews.de: **Russland an Wiederaufleben der Beziehungen zur EU interessiert – Kreml**
Moskau war und bleibt daran interessiert, die Beziehungen zu Brüssel wieder aufleben zu lassen, sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, gegenüber Journalisten.

Wie der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell in seinem Blog zu den Ergebnissen seines Moskau-Besuchs vom 4. bis 6. Februar behauptet hatte, entferne sich Russland immer mehr von der Europäischen Union. Nach Meinung Borrells sei es Russland, das von Europa allmählich abrücke und „demokratische Werte als eine existenzielle Bedrohung wahrnimmt“. Wie Borrell zuvor in Moskau sagte, gebe es Bereiche, in denen Russland und die EU zusammenarbeiten könnten und müssten, weil sie in diesem Fall gute Ergebnisse erzielen könnten. Brüssel trete für einen Dialog mit Moskau ein – ungeachtet der Schwierigkeiten in den Beziehungen.

Im russischen Außenministerium wurde später angemerkt, dass die kritischen Äußerungen Borrells über Russland im Widerspruch zu seinen in Moskau gemachten Aussagen stünden. Möglicherweise habe man ihm nach seiner Ankunft in Brüssel klargemacht, „wie er Akzente setzen sollte. Dies würde aber nur besagen, wie und von wem die EU-Politik gestaltet wird“. „Ich weiß, dass es im Außenministerium Russlands bereits Erklärungen in Bezug auf Äußerungen von Herrn Borrell gibt (...). Russland war und bleibt daran interessiert, dass die Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel wieder aufleben. Wir sind wirklich daran interessiert, und wir haben keinen Abbau dieser Beziehungen initiiert“, so Peskow. Putins Sprecher betonte zugleich, bei der Gestaltung der Beziehungen zwischen den Ländern werde von der Notwendigkeit ausgegangen, die Interessen des jeweils anderen zu

berücksichtigen.

„Wir betrachten das als eine absolute Notwendigkeit für den Aufbau der Beziehungen. Wir sind entschieden gegen die Einmischung in die Interessen des jeweils anderen ... In dieser Hinsicht werden wir entschlossen handeln, und niemand darf daran zweifeln. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir uns in irgendeiner Weise distanzieren oder die ohnehin spärlichen Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel noch mehr verschlechtern wollen. Im Gegenteil, wir sind an einer Entwicklung interessiert“, so Peskow.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/11/195103_0:1:3038:1710_1440x0_80_0_0_625a65a393706fc00ae4809a088a1d51.jpg

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 8. Februar 2021

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **dreimal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt** und **zwei Feuerprovokationen** unter Einsatz von 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen begangen.

So haben Strafsoldaten von den Positionen des 23. Panzergrenadierbataillons der 56. Brigade der BFU im Gebiet von Peski in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen 20 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf **Losowoje** abgefeuert.

Kämpfer des 2. mechanisierten Bataillons der 28. Brigade der BFU haben von den Positionen im Gebiet von Nowomichajlowka das Feuer mit Granatwerfern und Schusswaffen eröffnet und 12 Granaten auf **Luganskoje** abgefeuert.

In Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer der 28. Brigade der BFU **technische Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung der Positionen** im Gebiet von Marjinka durchgeführt.

Außerdem haben wir in den letzten 24 Stunden festgestellt, dass ein Schützenpanzer aus dem Bestand der 53. Brigade der BFU in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen auf der Tschkalow-Straße in Bogdanowka stationiert ist.

Das Kommando der OOS betreibt weiter die Praxis, nicht kampfbedingte Verluste als Ergebnis von Kampfhandlungen darzustellen und dabei die Volksmiliz der DVR des Geschehens zu beschuldigen. Dies hängt in erster Linie mit der Arbeit einer Kommission des Generalstabs und des Büros des Präsidenten der Ukraine in der Zone der Strafoperationen zusammen. Die Kommandeure von Truppenteilen und Verbänden fürchten ihre Funktionen zu verlieren, weil der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sodol streng vor einer unausweichlichen Bestrafung für Vorfälle während der Arbeit der Kommission gewarnt hat.

Das Schema, nach dem die Kommandeure der BFU die nicht kampfbedingten Verluste als

kampfbedingt darstellen, ist gemeinsam mit den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK organisiert. Nach vorheriger Absprache führen die ukrainischen Beobachter nicht vorhandenen Beschuss an, danach erfolgt eine Fälschung der Angaben zu den Verlusten der ukrainischen Streitkräfte.

Der Tod ukrainischer Soldaten hängt in der überwältigenden Mehrzahl mit nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen, Alkoholismus, betrunkenen Auseinandersetzungen, Geraten auf eigene Minenfelder, Treiben zum Selbstmord sowie mit der Folge der fehlenden Kontrolle von Seiten des Kommandos über das unterstellte Personal zusammen.

So gab es nach Informationen unserer Quellen auf den Positionen der 28. Brigade im Gebiet von Nowomichajlowka einen Streit zwischen Kämpfern des 2. mechanisierten Bataillons, die betrunken waren. Bei der Konflikts setzte einer von ihnen seine Dienstwaffe ein und schoss seinen Kameraden ins Bein.

Aus Furcht vor der Verantwortung für das Geschehen in der unterstellten Einheit verheimlichte der Kriegsverbrecher, der Brigadekommandeur Martschenko, das Verbrechen gegenüber dem übergeordneten Kommando und stellte die Verletzung des Soldaten als Ergebnis von Beschuss seitens Einheiten der Volksmiliz der DVR dar.

Die Zone der Strafoperation bleibt weiter eine grundlegende Einkommensquelle für Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte.

Nach uns vorliegenden Informationen wurde am 7. Februar in Kurachowo ein ziviles Fahrzeugs Mercedes Vito von einer Patrouille der Nationalpolizei angehalten, bei der Durchsuchung wurden 230 Armeeproviantpäckchen, 250 kg Fleischkonserven und vier militärische Tarnnetze entdeckt. Begleitdokumente für die Ladung hatte der Fahrer nicht, und er wurde zu einer weiteren Ermittlung in eine Polizeiwache gebracht. Bei der Befragung durch Polizisten wurde festgestellt, dass er die transportierten Lebensmittel und das Material bei zwei Soldaten im Gebiet von Marjinka gekauft hatte. Die Materialien zu der Sache wurden an die Abteilung des militärischen Rechtsordnungsdienstes für die Oblast Donezk übergeben, deren Mitarbeiter feststellten, dass der Verkauf des militärischen Materials durch Soldaten der 28. Brigade der ukrainischen Streitkräfte erfolgte – durch den Oberleutnant Gontscharuk und den Oberfeldwebel Sreda.

Vor dem Hintergrund wohlklingender Erklärungen der ukrainischen Führung über die Erhöhung der Finanzierung des Streitkräfte bleiben die ewigen Feinde der BFU – Korruption und Gier – die Hauptstörung für die ehrgeizigen Pläne der Straftruppen, auf NATO-Standards überzugehen. **Wir erhalten Informationen, die die schlechte materielle Versorgung der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte bestätigen.**

So erhält nach Informationen aus dem Stab der 35. Brigade der ukrainischen Streitkräfte das Personal bereits seit einigen Monaten keine neuen Winteruniformen, obwohl die alten nicht mehr verwendbar sind und nach allen Normen ausgetauscht werden müssten. Im Zusammenhang mit der geringen Lufttemperatur sind die Soldaten gezwungen, sich vor dem Abmarsch auf die Frontpositionen an Freiwillige um Hilfe zu wenden. Außerdem reicht in den Einheiten die Leib- und Bettwäsche für die Soldaten nicht, deren Austausch zum letzten Mal im Dezember des letzten Jahres erfolgte.

Vor dem Hintergrund dieser äußerst groben Verstöße haben in den Einheiten der Brigade ernste Erkältungskrankheiten begonnen zuzunehmen, außerdem hat sich die Zahl der Soldaten mit Kopfläusen vermehrt. Allein in der letzten Woche kamen mehr als zehn Soldaten mit grippalen Infekten und Lungenentzündung ins Krankenhaus.

Das Kommando reagiert auf keinerlei Eingaben und Beschwerden des Personals.

Nach Informationen von ukrainischen Freiwilligen ist in der 35. Brigade bereits seit langer Zeit ein Schema zum Verkauf von Material an Spezialgeschäfte, die militärisches Material verkaufen, in Gang, ebenso an örtliche Märkte. Unter anderem wird Material im Geschäft „Kamufashka“ in der Straße der 51. Armee 2 in Torezk und im Geschäft „Wojentorg“ in der

Ziolkowskij-Straße 27 in Konstantinowka verkauft. Die Einnahmen aus diesen Machenschaften erhält der unmittelbare Organisator dieses kriminellen Schemas, der Brigadekommandeur Palas.

Solche Beispiele nicht zufriedenstellender Beziehungen zu den Soldaten beweisen ein weiteres Mal, dass die Verschleppung der Kampfhandlungen im Donbass für die derzeitige Regierung von Nutzen ist, die an Leben und Gesundheit einfacher Soldaten Millionen verdient.

snews.de: **Westen berät mit Nawalny-Vertrauten**

Vertreter der Europäischen Union, der USA, Großbritanniens und Kanadas werden sich Diplomaten zufolge noch am Montag mit Vertrauten des Kremlkritikers Alexej Nawalny beraten, berichtet Reuters. In diplomatischen Kreisen hieß es, dass auch ein Gesandter der Ukraine an der geplanten Video-Schaltkonferenz teilnehmen werde.

Es wurde mitgeteilt, dass das virtuelle Treffen wegen der Ausweisung von EU-Diplomaten durch Russland stattfindet.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell erklärte in einem Blog am späten Sonntagabend: „Europa und Russland driften auseinander.“

Borrell hatte sich am Freitag in Moskau aufgehalten, als Diplomaten aus Deutschland, Polen und Schweden von der russischen Regierung ausgewiesen worden waren. Der spanische Politiker war in Moskau um eine Annäherung bemüht.

Am vergangenen Montag hatte das Simonowski-Gericht in Moskau Nawalny zu 3,5 Jahren Haft verurteilt. Damit wurde die Bewährungsstrafe aus dem Verfahren von 2014, bei dem es um Unterschlagung von insgesamt rund 500.000 Euro ging, in eine Haftstrafe umgewandelt. Da die Zeit, die Nawalny in Hausarrest verbracht hatte, berücksichtigt wird, wird Nawalny – falls seine Verteidigung mit einer Berufung scheitert – ungefähr 2,5 Jahre im Gefängnis sitzen müssen.

Nach der Urteilsfällung appellierten führende westliche Länder, darunter die USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien, an die russischen Behörden, Nawalny freizulassen.

Bereits früher hatte das russische Außenministerium ausländischen Politikern, die die Situation um Nawalny kommentierten, geraten, das Völkerrecht zu respektieren und sich mit Problemen in ihren eigenen Ländern zu befassen. Der Kreml sei nicht gewillt, den aus dem Ausland ertönenden Erklärungen zu Nawalny Gehör zu schenken, hieß es.



https://cdn.snews.de/img/07e5/02/01/747521_0:186:3040:1895_1440x0_80_0_0_879c64898569edd094bd46ab4dac1cab.jpg

de.rt.com: **Auswärtiges Amt weist russischen Diplomaten aus – Polen und Schweden**

ebenfalls

Als Reaktion auf die Ausweisung eines deutschen Diplomaten aus Russland muss ein Mitarbeiter der russischen Botschaft in Berlin das Land verlassen. Das Auswärtige Amt teilte am Montag mit, dass ein russischer Diplomat zur "unerwünschten Person" (persona non grata) erklärt wurde.

Nachdem Russland vergangene Woche jeweils einen Diplomaten aus Deutschland, Polen und Schweden des Landes verwiesen hatte, weil sie an nicht genehmigten Protestaktionen zur Unterstützung des Oppositionspolitikers Alexei Nawalny teilgenommen haben sollen, hat das Auswärtige Amt in Berlin nun einen russischen Diplomaten zur "unerwünschten Person" erklärt.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte dazu am Montag:

"Das Auswärtige Amt hat heute gemäß Artikel 9 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 einen Mitarbeiter der Russischen Botschaft Berlin zur Persona non grata erklärt. Mit diesem Schritt reagiert die Bundesregierung auf eine Entscheidung der Russischen Föderation vom Freitag, den 05.02.2021.

Russland hatte mehrere EU-Diplomaten, darunter einen Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Moskau, ausgewiesen. Diese Entscheidung war in keiner Weise gerechtfertigt. Der betroffene deutsche Diplomat war allein seiner im Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vorgesehenen Aufgabe nachgekommen, sich mit rechtmäßigen Mitteln über die Entwicklung vor Ort zu informieren."

Laut einem AP-Bericht hat das Auswärtige Amt die Maßnahme mit Polen und Schweden koordiniert. Beide Länder wiesen am Montag ebenfalls jeweils einen russischen Diplomaten aus. "Wir haben den russischen Botschafter darüber informiert, dass eine Person aus der russischen Botschaft aufgefordert wird, Schweden zu verlassen. Dies ist eine klare Reaktion auf die inakzeptable Entscheidung, einen schwedischen Diplomaten auszuweisen, der nur seine Pflichten erfüllte", erklärte die schwedische Außenministerin Ann Linde auf Twitter. Moskau bezeichnete die Ausweisung seiner Diplomaten aus den drei Ländern als ungerechtfertigt. Das Treffen westlicher Diplomaten mit russischen Oppositionellen sei Ausdruck eines "illegalen Angriffs auf Russland", so das russische Außenministerium am Montag.

Damit bekräftigte es den Vorwurf, aufgrund dessen es am Freitag die drei EU-Diplomaten zu "unerwünschten Personen" erklärt hatte, weil diese am 23. Januar in Moskau und Sankt Petersburg an nicht genehmigten Protesten teilgenommen hätten. Das russische Außenministerium betonte die Unzulässigkeit solcher Handlungen und unterstrich, dass sie nicht in Übereinstimmung mit dem diplomatischen Status sind. Die Diplomaten, die an den Protestaktionen teilnahmen, wurden gemäß dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen zu Personae non gratae erklärt, so das Ministerium.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa kritisierte am Montag die Ausweisung der russischen Diplomaten scharf. Der Sender Rossija-1 zitierte die Sprecherin: "Es sind gerade die heutigen Entscheidungen Polens, Deutschlands und Schwedens, die unvernünftig und nicht freundschaftlich sind – und eine Fortsetzung der Reihe von Handlungen des Westens gegen unser Land darstellen, die wir als Einmischung in innere Angelegenheiten bewerten."

Dies stehe, so Sacharowa, im krassen Gegensatz zu den Ausweisungen der Diplomaten dieser Länder durch Russland. Diese Entscheidung sei mit einer "klaren Faktenlage" begründet worden.

Die Regierungen der drei betroffenen EU-Staaten bestreiten die Anwesenheit ihre Diplomaten bei den Demonstrationen nicht. Diese seien dort jedoch nicht als Teilnehmer, sondern als Beobachter vor Ort gewesen, hieß es. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete die Ausweisung der Diplomaten als "ungerechtfertigt".

Bundesaußenminister Heiko Maas erklärte, der betroffene deutsche Diplomat sei seiner im

Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vorgesehenen Aufgabe nachgekommen, sich mit rechtmäßigen Mitteln über die Entwicklung vor Ort zu informieren. Maas hatte bereits am Tag der russischen Entscheidung Gegenmaßnahmen angekündigt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/602163a648fbef31da1ea962.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko

Die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte destabilisieren weiter die Lage durch Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur. So haben Kämpfer des 1. Bataillons der 92. Brigade von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus unter Nutzung der fehlenden Kontrolle die **Mittelschule Nr. 4 in Solotoje-5** beschossen. Dabei wurde die Fensterverglasung der Schule beschädigt.

Wir rufen die Vertreter der OSZE-Mission auf, diesen Sachverhalt festzuhalten und Druck auf das Kommando der ukrainischen Streitkräfte auszuüben, um ein Scheitern der erreichten Vereinbarungen sowie Tod und Verletzungen unter der Zivilbevölkerung zu verhindern.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationieren die BFU weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

Im Verantwortungsbereich der 92. mechanisierten Brigade wurde die Stationierung von zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Orechowo bemerkt.

Die Einheiten der Volksmiliz beobachten ständig den Gegner, halten die Bedingungen des geltenden Waffenstillstands streng ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos operativ auf Änderungen der Lage zu reagieren.

Trotz der Gefahr für das Leben der Zivilbevölkerung und der eigenen Soldaten erteilen Kommandeure von Verbänden der ukrainischen Streitkräfte weiter verbrecherische Befehle zur **Verminderung von Örtlichkeiten in der Zone der Strafoperation**. Bei der Installation von Minensperren bezeichnen die ukrainischen Kämpfer die Gebiete nicht mit Warnzeichen über die Minengefahr und erstellen keine genauen Karten der Minenfelder. Eine der Ursachen, warum der Gegner die Verminderung verstärkt hat, ist die Zunahme der Fälle von Desertion von Soldaten von ihren Positionen und Versuche des Übergangs auf die Seite der Republiken. So haben wir durch Informationen von Einwohnern von Luganskoje von der Verminderung der Umgebung der Ortschaft mit von der Konvention von Ottawa verbotenen Antipersonenminen MON-90 durch Kämpfer des 9. Bataillons der 59. Brigade erfahren. Es muss angemerkt werden, dass Vertreter der OSZE-Mission mehrfach den Einsatz von verbotenen Minen durch die ukrainische Seite festgestellt haben.

Wir empfehlen den Einwohnern der frontnahen Ortschaften auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium der Oblast Lugansk nachdrücklich wachsam zu sein. Die ungeordnete Verminderung der Örtlichkeiten führt zu einer direkten Gefahr für Ihr Leben und Ihre Gesundheit.

Wir erhalten weiter **Beschwerden aus der Bevölkerung auf dem zeitweilig von Kiew besetzten Territorium über Willkür und Ausschreitungen ukrainischer Soldaten** in der „OOS“-Zone.

So haben wir Informationen erhalten, dass ein Terrorakt gegen den Präsidenten der Ukraine während eines möglichen Besuchs im Bezirk Nowoajdar zur Überprüfung der Bereitschaft der 80. Brigade zur Ausführung von militärischen Aufgaben vorbereitet wird.

Unter der Annahme, dass die Einwohner des Bezirks über die derzeitige Regierung erzürnt sind und es möglich ist, in der OOS-Zone alles für eine Diversion Notwendige zu erhalten, wurden in Staschastje präzedenzlose Sicherheitsmaßnahmen ergriffen. Am Rand der Ortschaft wurden zusätzliche Checkpoints für die Ein- und Ausfahrt errichtet, an denen die Einwohner spezielle Genehmigungen haben müssen. Auf den Straßen wurden die Patrouillen der Nationalpolizei, des militärischen Rechtsordnungsdienstes und von Soldaten aus der 80. Brigade verstärkt. Mitarbeiter des SBU nehmen verdächtige Personen auf unbestimmte Zeit unter dem Vorwand der Überprüfung der Dokumente in Haft. Denjenigen, die Unzufriedenheit äußern, wird gedroht, sie der Unterstützung des Separatismus zu beschuldigen. ...

sputnik.by: **Lawrow nannte die Bedingung für die Normalisierung der Beziehungen zur EU**

Nach Angaben des russischen Ministers ist Moskau daran interessiert, die Zusammenarbeit mit der EU in bestimmten Bereichen wieder aufzunehmen.

Russland war nicht der Initiator der Abkühlung der Beziehungen zur Europäischen Union.

Moskau sei entschlossen, die Interaktion in bestimmten Bereichen zu normalisieren, wenn der bilaterale Dialog nicht den politischen Interessen geopfert wird, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow am Montag.

„Nach einem Besuch in Moskau am 4. und 6. Februar veröffentlichte der Hohe Vertreter der EU eine Reihe von Kommentaren in seinem Blog. In einem von ihnen stellt er die Situation so dar, als ob ‚Russland sich schnell von Europa entfernt‘. Während meiner Gespräche mit Borrell in Moskau, ich habe gerade darüber gesprochen, wie wichtig es ist, die Beziehungen zwischen Russland und der EU systematisch aufzubauen“, sagte er.

Lawrow zufolge habe die Europäische Union 2014 die im Laufe der Jahre entstandene Struktur der vielfältigen Beziehungen zu Russland zum Erliegen gebracht, und der Grund dafür sie die Unterstützung der EU für einen Staatsstreich in der Ukraine gewesen.

Der Minister listete die Ergebnisse dieses Schritts auf: Die Treffen der russischen Regierung mit der Europäischen Kommission sowie die Abhaltung von Gipfeltreffen zwischen Russland und der EU wurden ausgesetzt, die Formate des Ständigen Partnerschaftsrates zwischen Russland und der EU sowie zwanzig sektorale Dialoge wurden „eingefroren“.

Wer entfernt sich von wem?

Lawrow stellte klar, dass dies eine naheliegende Frage aufwirft: Wer entfernt sich von wem - die Europäische Union von Russland oder umgekehrt?

„Was die russische Seite betrifft, haben wir bei den Gesprächen in Moskau erneut bekräftigt, dass wir uns darauf konzentrieren, das gesamte Spektrum der Beziehungen zur Europäischen Union zu normalisieren, und zwar nicht auf einseitigen Forderungen, sondern auf gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Berücksichtigung der Interessen“, sagte der russische Außenminister.

Er nannte auch Bereiche, die für beide Seiten von Vorteil wären: Interaktion im Bereich Gesundheit, Wissenschaft und Technologie, gemeinsame Arbeit im Bereich der Bekämpfung des Klimawandels.

„Wenn wir die traditionelle Schlüsselrichtung des Energiesektors hinzufügen, erhalten wir eine ziemlich solide, für beide Seiten vorteilhafte Agenda, wenn wir sie nicht geopolitischen Spielen opfern“, schloss Lawrow.



<https://cdn12.img.sputnik.by/images/07e5/01/12/1046662275.jpg>